



Wenig Wende

Die Agrarwende aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes –
Blick zurück nach vorn

von Heike Moldenhauer, Reinhild Benning und Hubert Weiger

Gut viereinhalb Jahre war Renate Künast Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, von Januar 2001 bis Oktober 2005. Zu ihrer Amtseinführung auf dem Höhepunkt der BSE-Krise forderte Bundeskanzler Schröder die „Abkehr von den Agrarfabriken“ und eine neue Landwirtschaftspolitik, die „von der Ladentheke aus“ zu denken sei. Künast wollte in Kühe ausschließlich „Wasser, Getreide und Gras“ hineinlassen, propagierte „Klasse statt Masse“ und eine Steigerung der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Deutschland auf 20 Prozent im Jahr 2010. Die Verfütterung von Tiermehl wurde verboten, ein von Bundeskanzleramt und Gentechnik-Industrie ab Frühjahr 2001 geplanter, mehrjähriger großflächiger Versuchsanbau gentechnisch veränderter Pflanzen kurzerhand abgeblasen. „Agrarwende“ lautete die von der Bundesregierung damals ausgegebene Losung. Der folgende Beitrag zieht – vor allem aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes – eine Zwischenbilanz.

Eine urbane, von Dienstleistungen und Industrie geprägte Gesellschaft, die ihre Bezüge zu Land und Landwirtschaft lange verloren zu haben schien, diskutierte im Zuge der BSE-Krise plötzlich über Agrarpolitik, den angemessenen Umgang mit landwirtschaftlichen Nutztieren und die Umweltwirkungen verschiedener landwirtschaftlicher Produktionsmethoden. An die Stelle eines ignoranten „Landwirtschaft?! – Mein Essen kommt aus dem Supermarkt!“ trat plötzlich ein Interesse für diejenigen, die mit und an der Landwirtschaft Geld verdienen.

Vielen wurde bewusst, wer außer Bauern in der modernen Landwirtschaft eine Rolle spielt: die Agrochemie-Industrie in Gestalt von Düngemittel- und Pestizidherstellern; die Pharmaindustrie, vertreten durch Antibiotika- und Tierarzneienhersteller; Futtermittelhersteller, die aus Schlachtabfällen Tiermehl produzieren und aus Resten der Lebensmittelproduktion Futterrationen für Schweine und Geflügel zusammenmischen; Hühnerbarone und andere Massentierhalter; Saat- und Zuchtunternehmen inklusive Pflanzengentechnikern; Ernährungsindustrie und Handel mit ihrem gnadenlosen Preisdumping für landwirtschaftliche Rohstoffe; Transportunternehmen, die lebende Tiere quer durch Europa und in den Nahen Osten karren; Banken, die diese Geschäfte finanzieren; sowie *last but not least* ihre

im Bauernverband und bei Raiffeisen zusammengeschlossene Lobbyistenschar.

Und mittendrin mit einem Mal Renate Künast, vor sich die gewaltige Aufgabe, einen Augias-Stall auszumisten. Einen Augias-Stall freilich, dessen Bewohner sich häuslich darin niedergelassen hatten und denen Unrechtsbewußtsein für das, was sie taten, überwiegend fremd war. Schließlich bewegten sich die meisten von ihnen meistens im Rahmen geltender Gesetze. Genau darin lag und liegt das Problem: Diese Gesetze ermöglichen eine Landwirtschaft, die in erster Linie das Ziel verfolgt, aus Tier und Pflanze ein Maximum an „Leistung“ herauszuholen, um Agrarrohstoffe in großen Mengen möglichst billig zu produzieren. Mit allen bekannten Folgen: Agrobiodiversität, Wohlbefinden und Gesundheit der Tiere, Reinheit von Wasser und Luft, die Funktionstüchtigkeit der Böden und die Vielgestaltigkeit der Landschaft bleiben auf der Strecke.

So stellt der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten 2004 einmal mehr fest, was bereits seit Jahrzehnten zutrifft: Die konventionelle Landwirtschaft gehört zu den Wirtschaftsbereichen, die die Umwelt am stärksten belasten (1). Nitrate, Phosphate, Ammoniak, Methan, Lachgas, Kohlendioxid und Pestizide werden in großen Mengen ganz legal in agrarische und nicht agrarische Ökosysteme entlas-

sen. Und die Folgekosten für das, was legal ist, unterliegen nicht dem Verursacherprinzip. Für die Reinigung des Trinkwassers und Schäden durch ein aus den Fugen geratenes Klima kommt die Allgemeinheit auf, nicht etwa die Landwirte und die an der Landwirtschaft hängenden Industrien bzw. Gewerbe. (Eine rühmliche Ausnahme bildet die Ökosteuer, die auch die Landwirtschaft einschließt.) Eine Allgemeinheit, die gleich zweimal zur Kasse gebeten wird: Über aus Steuergeldern finanzierte Agrarsubventionen zahlt sie für die Produktion, über weitere Steuergelder für die Beseitigung der Folgeschäden dieser Produktion (2).

Es waren alternative Bauernorganisationen, Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherorganisationen aus dem AgrarBündnis (oder diesem nahe stehend) sowie vereinzelt Politiker, die den ganz normalen Irrsinn der etablierten Agrarpolitik über viele Jahre anprangerten und auf Änderungen drängten. Doch Gehör fanden sie wenig. Zu stark war die alteingesessene Agrarlobby und das von ihr installierte Kartell mit dem jahrzehntelang Unions-geführten Landwirtschaftsministerium als Außenstelle, zu gering das Interesse der Öffentlichkeit an agrarischen Themen.

„Magisches Sechseck“

Deshalb war es ein kluger Schachzug der rot-grünen Bundesregierung, das alte Landwirtschaftsministerium für den Verbraucherschutz zu öffnen. Renate Künast war damit als Ministerin zuständig für die Belange von 82 Millionen VerbraucherInnen, unter ihnen eine halbe Million Landwirte. Weniger klug waren Definition und Auswahl der zentralen Akteure der Agrarwende und die ihnen zgedachten Rollen. Ein so genanntes „Magisches Sechseck“ aus VertreterInnen der organisierten Verbraucherschaft, der Landwirtschaft und Politik, der Futtermittelindustrie, der Lebensmittelindustrie und des Einzelhandels sollte der neuen Landwirtschaftspolitik zum Durchbruch verhelfen. Doch was hätten die Repräsentanten und Profiteure des alten Agrarsystems davon gehabt, ausgerechnet einer Grünen-Politikerin ohne „Stallgeruch“ Erfolge zu bescheren? Was davon, ein Reformprojekt zu unterstützen, das sie zu Verlierern gemacht hätte?

Für sie war sehr schnell deutlich: Eine Neuausrichtung der gesamten Agrarpolitik nach dem Leitbild des ökologischen Landbaus hätte mittel- oder langfristig das Ende etlicher Produktionsweisen bedeutet und überdies zu einer Umstrukturierung auch der der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Sektoren geführt. Der Anbau weniger Kulturen in enger Fruchtfolge auf riesigen Ackerflächen, der damit einher gehende Großinsatz von Pestiziden sowie Wirtschafts- und minera-

lischen Düngern, Tierproduktion nach industriellen Maßstäben, ohne konkrete Flächenbindung und mit hohen Emissionen an Gewässer und Klima belastenden Stoffen, Agro-Gentechnik als Reparaturmaßnahme für einen durch Wirtschaften in Monokulturen verursachten übermäßigen Unkraut- und Schädlingsbefall – durch eine Agrarwende wäre das alles über kurz oder lang passé gewesen. Kein Wunder also, dass die Vertreter des agroindustriellen Komplexes der Einladung der Ministerin vor allem deshalb folgten, um ihre Geschäftsgrundlagen gegen allzu viel Reformeifer zu verteidigen.

Kein Bestandteil des „Magischen Sechsecks“: die Umwelt- und Naturschutzverbände. Nach Auskunft des Ministeriums waren sie unter „Verbraucher“ subsumiert. Übersehen oder bewusst ignoriert wurde dabei, dass die Interessen beider Gruppierungen nicht notwendigerweise deckungsgleich sind. VerbraucherInnen geht es in erster Linie um sichere und gesunde Lebensmittel; Tierhaltung und die Art der Landbewirtschaftung sind aus ihrer Perspektive eher nachrangig. Dagegen ist es Aufgabe der Umwelt- und Naturschutzverbände, auf eine Reduktion der ökologischen Belastungen auf 17,5 Millionen Hektar agrarisch genutzter Fläche in der Bundesrepublik hinzuwirken und die Missstände der industriell betriebenen Landwirtschaft klar zu benennen. Dass sie als Akteure der Agrarwende nicht geladen waren, war ein politisches Signal – und eine strategische Fehlentscheidung. Das frisch gekürte „Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft“ vermied die Konfrontation mit den Verantwortlichen für BSE als den „Super-GAU der industrialisierten Landwirtschaft“ (3) und setzte auf Konsens.

Den aber gab es nicht, sondern es begann ein langsames Eindampfen dessen, was einmal die Agrarwende hätte werden sollen. Zumal sich die Agrarlobby offensichtlich aufs Aussitzen verständigt hatte und Künast ihr wichtigstes Druckmittel zunehmend abhandeln kam: eine Öffentlichkeit, deren Empörung über BSE nicht nur die Reformideen der Ministerin beflügelte hatte, sondern die auch dafür gesorgt hatte, dass der Rindfleischmarkt zeitweise zusammengebrochen war. Unverkäufliche Produkte – das war die Sprache, die die Agrarbranche verstand. Ein gutes halbes Jahr hielt sich die Entrüstung, dann bestimmten andere Themen die politische Tagesordnung (4). Bereits im Sommer 2001 sah sich der Bauernverband wieder im Aufwind. Sonnleitner verkündete auf dem Bauerntag in Münster „Wir brauchen keine Agrarwende“, und Künast wurde von rund 5.000 wütenden Bauern ausgepöbeln, die das genauso sahen wie ihr Präsident. Immer deutlicher begann sich abzuzeichnen: Der massive Imageschaden, den die industrialisierte Landwirtschaft durch BSE er-

litten hatte, würde sich nur zeitweise in finanziellen Verlusten niederschlagen; von einer existentiellen und dauerhaften Schädigung des etablierten Agrarsektors konnte keine Rede sein.

„Masse“ statt „Klasse“ – der Konflikt um Qualität

In ihrer Regierungserklärung im Februar 2001 hatte Renate Künast angekündigt, den Verbrauchern durch zwei Qualitätszeichen Orientierung geben zu wollen: durch ein Label für den Ökologischen Landbau und ein zweites für die konventionelle Landwirtschaft. Welche Sprengkraft in einem Gütesiegel für konventionelle Produkte liegt, hatte die Agrar- und Lebensmittelindustrie schnell erkannt. Also initiierte sie im Alleingang das QS-Siegel, an der Ministerin und am „Magischen Sechseck“ vorbei. Anders als die Buchstaben Q für Qualität und S für Sicherheit suggerieren, besagt es lediglich, dass bei der Herstellung des damit gekennzeichneten Produkts gesetzliche Standards eingehalten wurden; eine Selbstverständlichkeit und mit Sicherheit kein Ausweis für Qualität. Zunächst gedacht für die im Gefolge der BSE-Krise in Misskredit geratenen Fleisch- und Fleischwarenerzeugnisse (5), sollte es nach und nach auf alle herkömmlich produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausgedehnt werden. Damit hatte die alte Agrarlobby zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Sie hatte nach dem BSE-Desaster das Heft des Handelns wieder in der Hand, und sie hatte Künast die Definitionshoheit über die Qualität konventioneller Produkte abgenommen.

Das lag vor allem daran, dass die Ministerin die überfällige Auseinandersetzung mied. Anders als sie in ihrer Regierungserklärung angekündigt hatte, legte sie kein eigenes Konzept für die Qualitätsdebatte im konventionellen Bereich vor, ließ sie offen, was „Klasse“ für die Lebensmittel des Massenmarkts von jährlich 100 Milliarden Euro bedeuten sollte, und sie gab den Verbrauchern konventioneller Produkte keine Orientierung für ihre Kaufentscheidung. Damit hatte sie die Chance vertan, die 96 Prozent der Verbraucher, die (noch) nicht „Bio“ kaufen, zu Verbündeten ihrer Agrarpolitik zu machen.

Nach wie vor gilt: „Politik mit dem Einkaufskorb“ funktioniert erst dann, wenn Verbraucher in der Lage sind, Qualitäten landwirtschaftlicher Produkte zu unterscheiden. Dabei geht es nicht um die Kategorien „Bio“ und konventionell, sondern um eine Qualitätsdifferenzierung innerhalb des Spektrums konventionell erzeugter Ware. Ein Qualitätszeichen für konventionelle Produkte muss Herstellungsweise und Produktionsmethoden offen legen. Verbraucher müssen – analog zum Bio-Siegel – auf den ersten Blick erkennen können, ob

Fleisch aus einer Agrarfabrik oder aus bäuerlicher oder biologischer Produktion stammt oder Gemüse auf dem Feld oder in einer Nährstofflösung im Gewächshaus gewachsen ist. Erst mit der Information, wie das von ihnen erworbene Lebensmittel erzeugt worden ist, liegt die Verantwortung dafür, ob Tiere tiergerecht oder tierquälerisch gehalten werden oder ob ein exzessiver Pestizideinsatz im Ackerbau das Grundwasser verunreinigt, wirklich bei ihnen.

So sieht es auch die Verbraucherorganisation „Foodwatch“, die moniert: „Ein zentrales Informationsdefizit besteht darin, dass Konsumenten die Qualität eines Produkts nur schwer ins Verhältnis zu dessen Preis setzen können. Qualitätsunterschiede sind nicht eindeutig zu erkennen. Den Preis bestimmen Faktoren wie Marktmacht, Marketing und Herstellungsweise. Allesamt Parameter also, die für Verbraucher nicht unmittelbar transparent sind. (...) Können Konsumenten Qualitäten nicht zuverlässig unterscheiden und die wahre Preiswürdigkeit nicht unterscheiden, greifen sie zum billigsten Produkt – ein durchaus rationales Verhalten.“ Um das zu ändern, seien „Kriterien (...) für Basis-, Mittlere- und Premium-Qualitäten bei allen Lebensmitteln festzulegen.“ (6)

Wie Recht „Foodwatch“ mit seiner Forderung hat und wie sehr die Ausweisung von Qualitäten die Agrarwende vorangebracht hätte, zeigen die Erfahrungen mit der Eierkennzeichnung. Seit Beginn 2004 müssen Eier EU-weit einen Nummerncode (7) tragen, der auf die Haltungsform schließen lässt. Dieser ermöglicht Verbrauchern, sich zwischen vier Qualitätskategorien zu entscheiden (Bio-, Boden-, Freiland-, Käfighaltung). Die Folge: Immer mehr Handelsketten, die vor ihren Kunden offenbar nicht als Dealer von tierquälerisch erzeugten Produkten dastehen wollen, listen Käfigeier aus. Deren Anteil liegt bei nurmehr gut 50 Prozent, die Nachfrage nach Eiern aus alternativen Haltungen nahm im ersten Jahr der Deklarationspflicht sprunghaft zu: 24 Prozent aller in Deutschland verkauften Schaleneier stammten aus Freiland-, 17 Prozent aus Bodenhaltung und acht Prozent aus ökologischer Produktion. Allerdings bedienen den Markt aufgrund mangelnder Flexibilität nicht etwa heimische Eierproduzenten, die noch immer 80 Prozent der Hennen in Käfigen halten, sondern Erzeuger aus den Niederlanden, aus Österreich und aus Skandinavien.

Erkennbare Qualitäten und transparente Herstellungsweise – kommuniziert über ein Qualitätszeichen für konventionelle Produkte (8) – damit wäre Landwirtschaftspolitik nicht länger nur in Brüssel, in Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag, sondern tatsächlich auch an der Ladentheke gemacht worden. Ein Konzept, das zudem den Charme gehabt hätte, dass die Ministerin nicht nahezu alle die Landwirtschaft be-

treffenden Fachgesetze hätte angehen müssen, um die Agrarwende voranzutreiben. Statt sich an diesem aufgrund politischer Mehrheitsverhältnisse bestenfalls schwierigen, schlimmstenfalls sinnlosen Unterfangen zu versuchen, hätte sich auf Basis und parallel zu den bestehenden Gesetzen ein Markt entwickeln können, auf dem Anbieter mit Produkten unterschiedlicher Qualitätsniveaus in einen Wettstreit hätten treten können.

„Bauernbefreiung“ versus Agrarwende

„Viel Feind, viel Ehr“, sagt der Volksmund und meint damit, dass ein Gradmesser für Erfolg immer auch die Heftigkeit der Attacken der Gegner ist. Die höchste polizeiliche Sicherheitsstufe für die Ministerin und die Forderung nach einer „Bauernbefreiung“, erhoben von Sonnleitner auf dem Bauerntag im Juni 2005 in Rostock – danach gemessen hat Künast es weit gebracht mit der Agrarwende. Für Sonnleitner war klar: Nach über vier-einhalb Jahren Künast sei ein „grundlegender Richtungswechsel in der deutschen Agrarpolitik“ überfällig, nationale Alleingänge im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz müssten ein Ende haben, Landwirtschaft müsse wieder als Wirtschaftsfaktor wahrgenommen werden und nicht als bloße Landschaftspflegemaßnahme. Es seien „neue Bürokratie- und Kontrollrisiken durch Cross Compliance im Tier-, Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ entstanden und „nationale Sonderwege beispielsweise bei den Nutztierhaltungsverordnungen, dem Pflanzenschutzmitteleinsatz und im Emissionsschutz“ beschritten worden, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Land- und Forstwirtschaft schwächten und unternehmerisches Engagement entmutigten, heißt es in der auf dem Bauerntag verabschiedeten „Rostocker Erklärung“ (9).

Ernüchternde Bilanz

Aber ist das, was für den Bauernverband Ausdruck rotgrüner Bauernunterdrückung ist, schon die proklamierte Agrarwende oder wenigstens ein Teil von ihr? Ein Blick auf die wichtigsten unter Künasts Ägide verhandelten Gesetze entlarvt die Klagen des Bauernverbands als reine Rhetorik. Zwar hat sie – oft gegen große Widerstände nicht nur aus dem Unions-dominierten Bundesrat, sondern auch aus den roten Reihen – Erfolge erzielt, doch von einer Agrarwende kann gewiss keine Rede sein:

EU-Agrarreform und Cross Compliance

Im Koalitionsvertrag von 2002 bekannte sich die rotgrüne Bundesregierung mit der „Bindung der Direktzahlungen an Umwelt- und Tierschutzkriterien sowie

Arbeitsplätze“ zur Agrarwende. Bei der Umsetzung der Reform in Deutschland erzielte Künast einen wichtigen Erfolg: Sie führte die Flächenprämie ein. Damit sind ab 2009 alle Höfe gleichermaßen prämienberechtigt, Grünland- und Ökobetriebe ebenso wie die bisher begünstigten Maisanbau- und Rindermastbetriebe. Leider ist auf Betreiben des Bauernverbands und der Unions-regierten Länder eine Bindung der Direktzahlungen an Umweltleistungen nicht zustande gekommen. Die Cross-Compliance-Anforderungen entsprechen weitgehend den Gesetzen, die auch schon vor der EU-Agrarreform gegolten haben.

Neu ist, dass es jetzt genügt, künftig alle paar Jahre Äcker und Wiesen zu mähen, um jährlich 300 Euro Agrarsubventionen pro Hektar zu bekommen. Neu ist auch, was für den Bauernverband „Bürokratie- und Kontrollrisiken“ sind: Landwirte müssen die Einhaltung der Gesetze genauer dokumentieren als bisher, um Prämien zu erhalten. Dagegen wurden Künasts sinnvolle Vorschläge für Erosionsschutz, Erhalt von Hecken, Baumgruppen und Wildtierschutz im Bundesrat rigoros abgeschmettert, ebenso die Bindung von Direktzahlungen an Tierschutzstandards und Arbeitsplätze.

Wenig Gutes ist auch für die „Zweite Säule“ des Agrarretats zu vermelden. Ohnehin schon chronisch unterfinanziert, sollen die dort für ökologisch sinnvolle Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Mittel noch einmal gekürzt werden (10). Verantwortlich dafür: Ausgerechnet Bundeskanzler Schröder, der Präsident Chirac 2002 zusicherte, die Höhe der Direktbeihilfen nicht anzutasten, und der gleichzeitig die EU-Nettozahler-Staaten dazu brachte, die Beiträge nach Brüssel zu senken – so dass vermutlich kein Geld für eine adäquate Ausstattung der „Zweiten Säule“ bereitsteht. Kurzum: Eine Bindung der Direktzahlungen an Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen und an Arbeitsplätze gibt es nicht – und damit keine gültige Legitimation für knapp 90 Prozent aller Agrarsubventionen.

Nutztierhaltungsverordnungen

Schon kurz nach ihrem Amtsantritt gelang Künast mit der Hennenhaltungsverordnung ein großer Wurf. Danach ist die Käfighaltung von Legehennen ab 2007 in Deutschland verboten. Mehrmals versuchte die Lobby der Hühnerbarone über den Bundesrat, das Verbot wieder aufzuheben. Eine Verordnung zur Schweinehaltung steht immer noch aus, weil die Länderkammer ihre Zustimmung verweigerte, solange Künast am Käfigverbot festhält. Unterdessen entstehen neue Agrarfabriken: Immer größere Tierhaltungen mit bis zu 100.000 Schweineplätzen werden gebaut, noch größere sind in Planung – einer der Gründe dafür ist, dass wirksame Umweltkriterien bisher nicht in Genehmigungsverfahren für Stallbauten verankert sind.

Pflanzenschutzmitteleinsatz

Das „Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz“ unter Federführung des BMVEL beschränkt sich bisher auf freiwillige und unverbindliche Maßnahmen, es legt keine Mengenziele und Fristen für die Verringerung des Pestizideinsatzes fest. Eine Abgabe auf Pestizide wurde nicht einmal erwogen.

Gentechnikgesetz

Haftungsregelungen für gentechnische Verunreinigungen nach dem Verursacherprinzip, Abbruchkriterien für den Anbau genveränderter Pflanzen, wenn sich ein Nebeneinander in ökologischer und ökonomischer Hinsicht als unmöglich erweist, der Grundsatz, dass derjenige, der mit Agro-Gentechnik Geld erwirtschaften möchte, für Anti-Kontaminationsmaßnahmen zuständig ist – unter Federführung von Künast hat die rot-grüne Bundesregierung das beste Gentechnikgesetz der ganzen EU geschaffen. Die Standards jedoch, die gewährleisten sollen, dass es auch in Zukunft noch eine garantiert gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion gibt, werden von einflussreichen Kreisen in der SPD nicht mitgetragen.

Ökolandbau

Klassische Klientelpolitik sei es, den Ökolandbau als vorzüglichste Form der Landbewirtschaftung herauszustellen und entsprechend zu fördern, etwa mit der Werbung für das „Bio-Siegel“ und das „Bundesprogramm Ökolandbau“ – so die alte Agrarlobby. Auch wenn das ehrgeizige Ziel von 20 Prozent biologisch bewirtschafteter Fläche bis 2010 in weite Ferne gerückt ist, Biobiolebensmittel haben in großem Stil Einzug in die Supermärkte und Discounter gehalten und stehen längst nicht mehr in dem Ruf, Essen für „Müslis“ oder „Besserverdienende“ zu sein.

Hausaufgaben für Horst Seehofer!

Künast an der Spitze des Verbraucherschutz- und Agrarressorts ist Geschichte. Als sie ihr Ministeramt abgegeben hat, um den Fraktionsvorsitz der Grünen zu übernehmen, war von Bedauern nicht viel zu spüren. Was aber bleibt von der Agrarwende, welchen Aufgaben haben sich ihre Amtsnachfolger zu stellen, allen voran Horst Seehofer?

Zuallererst: Die rot-grüne Bundesregierung hat mit der Ansiedlung des Verbraucherschutzes im Landwirtschaftsministerium den entscheidenden kulturellen Bruch eingeleitet; sie hat das einzige Ministerium, das die Belange nur einer Berufsgruppe bzw. der an ihr hängenden Lobbyisten vertreten hat, an die Realität des 21. Jahrhunderts heran geführt. Und die sieht so aus:

Agrarsubventionen stehen unter einem permanenten gesellschaftlichen Rechtfertigungsdruck. Weder das Argument, nur mit ihrer Hilfe sei eine gesicherte Versorgung Europas mit Lebensmitteln zu gewährleisten, noch der Verweis auf die Sicherung der Einkommen der Landwirte ist stichhaltig. Gegen das erste spricht die Globalisierung auch der Agrarmärkte, gegen das zweite jeder von Hartz IV betroffene Arbeitslose.

Auch wenn es dem Bauernverband nicht schmeckt: Um staatliche Beihilfen für die Landwirtschaft in Zukunft überhaupt noch aufrecht erhalten zu können, braucht es überzeugende Argumente. Und die sind das *ceterum censeo* aller alternativen Bauernorganisationen und der Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände: besondere Leistungen der Landwirtschaft in den Bereichen des Umwelt- und Tierschutzes und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Kurzum: Agrarsubventionen ökologisch, tierethisch und sozial zu qualifizieren – daran kommt auf Dauer kein Agrarpolitiker vorbei, dieser Erkenntnis kann sich kein Bauernverband entziehen.

Das letzte Wort gebührt Renate Künast: „Es kommt nichts Besseres nach“. Das sagen die Österreicher, wenn sie der Vergangenheit melancholisch nachhängen und der Zukunft nicht trauen. Dass sich diese Aussage bewahrheitet, ist nicht zu hoffen, aber es kann schon sein. Und bei allen Enttäuschungen, die sich bei politischen Auseinandersetzungen zwangsläufig einstellen: Es war gut, dass sie Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft war.

Anmerkungen

- (1) Sachverständigenrat für Umweltfrage (SRU): Umweltpolitische Handlungsfähigkeit sichern (darin: Kap. 4: Landwirtschaft). Berlin, Mai 2004 (Download unter www.umweltrat.de).
- (2) Während sich die Agrarsubventionen klar beziffern lassen, liegen für die externen Kosten konventioneller Landwirtschaft lediglich grobe Schätzungen vor. Einen Versuch unternimmt Hartmut Brandt in seiner im Auftrag von Oxfam durchgeführten Studie „Externe Kosten der GAP“ (Berlin, 2004): „Die durch die Agrarproduktion in der Bundesrepublik hervorgerufenen Umwelt- und Gesundheitsschäden verursachen, nach einer unvollständigen Schätzung, externe Kosten von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich. Extrapoliert man die Schätzungen einer ins Einzelne gehenden britischen Studie auf die Landwirtschaftsfläche der Bundesrepublik, ergeben sich 5,1 Milliarden Euro. Die externen Kosten sind der GAP ursächlich anzulasten, weil letztere bei entsprechender Ausgestaltung und zielgerichtetem Einsatz der Mittel diese Schäden hätte vermeiden können.“ (Download unter www.oxfam.de/download/Brandt-Studie.pdf). Die „Zeit“ vom 23. Juni 2005 vermeldet in dem Artikel „Wer melkt hier wen?“ von Fritz Vorholz für 2003 Zahlungen an deutsche Landwirte in Höhe von 9,5 Milliarden Euro aus EU- und Bundesmitteln. Die Zahl sagt jedoch nichts über die ungerechte Verteilung der Beihilfen. So bekommen 1,5 Prozent der Betriebe 40 Prozent der Gelder, ohne dass daran besondere Leistungen oder Arbeits-

- plätze gekoppelt sind (vgl. taz-Interview mit Bernd Voß, Abl: „CDU, Freundin der Bauern“ vom 10. September 2005.)
- (3) So die wegen fehlerhaften Krisenmanagements im Zusammenhang mit BSE zurückgetretene Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer von Bündnis 90/Die Grünen über den Ausbruch der Krankheit.
 - (4) Die Attentate vom 11. September in den USA fielen in das Jahr 2001.
 - (5) Bereits auf der Grünen Woche 2002 wurde es breit beworben. Inzwischen prangt das QS-Siegel auch auf frischem Obst, Gemüse und Kartoffeln; 64.695 Betriebe erfasst es bei Fleisch und Fleischwaren und 4.628 Betriebe bei den genannten pflanzlichen Erzeugnissen. Gänzlich zur Farce verkommen ist das Konzept bei der Vorstellung des neuen Logos Ende Oktober 2005. In diesem Zusammenhang kommuniziert die Qualität und Sicherheit GmbH, die für die Vergabe des Zeichens verantwortlich ist, in schöner Offenheit: „Zudem [gemeint ist der stufenübergreifende Charakter des Systems] soll der unterschiedlich auslegbare Begriff der Qualität in den Hintergrund gerückt werden.“ (Agrar-Europa 44/05, 31. Oktober 2005, Länderberichte 9.)
 - (6) Foodwatch: „Alles nicht so frisch auf den Tisch. Kritische Bilanz der rot-grünen Ernährungs- und Agrarpolitik aus Sicht der Verbraucher. Der Foodwatch-Bericht in Auszügen.“ Zitiert nach: Frankfurter Rundschau vom 25. August 2005 (Download unter www.foodwatch.de). – Vgl. hierzu auch den Artikel von Thilo Bode in diesem Agrarbericht (S. 253–257).
 - (7) Besser noch als der Nummerncode wäre eine eindeutige Deklaration gewesen, z.B. „aus Käfighaltung“ oder „aus Freiland-Biohaltung“.
 - (8) Leider hat Künast keinen Einfluss auf die Mittelvergabe der Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) nehmen können, die über einen jährlichen Etat von 100 Millionen Euro verfügt, mit dem sie deutsche Agrarprodukte bewirbt. Auch hier halten die das Zepter in der Hand, die keine Qualitätsdebatte im konventionellen Bereich wollen. Das Ergebnis sind Botschaften wie „Zucker macht das Leben süß“.
 - (9) Deutscher Bauernverband (DBV): Rostocker Erklärung. „Die deutsche Landwirtschaft auf dem Weg ins Jahr 2015“ – Dass von einer geschwächten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft keine Rede sein kann, belegt der stete Exportzuwachs deutscher Landwirtschaftsprodukte: Ein Plus von sechs Prozent im Jahr 2004, nachdem die Ausfuhren von 1999 bis 2003 um sieben Milliarden auf 32 Milliarden Euro geklettert sind. (zit. nach Thomas Wüpper: „Künast zieht positive Bilanz“, Frankfurter Rundschau vom 23. Juni 2005.)

(10) Ausführlich dazu: Reinhild Benning und Heike Moldenhauer: Gute Ansätze – zaghafte Umsetzung. In: Der kritische Agrarbericht 2005, S. 189–198.

Autorinnen / Autor

Heike Moldenhauer arbeitet im Referat Landnutzung des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und ist Mitglied im Arbeitskreis Landwirtschaft und im Arbeitskreis Gentechnik des BUND. Derzeitige Arbeitsschwerpunkte sind Gentechnik und Verbraucherschutz.



Reinhild Benning arbeitet im Referat Landnutzung des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und ist Mitglied im Arbeitskreis Landwirtschaft des BUND. Derzeitige Arbeitsschwerpunkte sind EU-Agrarpolitik und landwirtschaftliche Nutztierhaltung.



BUND e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
E-Mail: heike.moldenhauer@bund.net
E-Mail: reinhild.benning@bund.net
www.bund.net

Prof. Dr. Hubert Weiger, Landesvorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern e.V., Agrarpolitischer Sprecher des Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) sowie Vorstandsmitglied des AgrarBündnis e.V.



Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
E-Mail: hubert.weiger@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de